

GUTE ARBEIT IM JOBCENTER

ver.di

20. Juni 2023

BUNDESARBEITSKREIS JOBCENTER

Resolution der ver.di Fraktion der 22. Konferenz der Jobcenterpersonalräte Belastungen im Jobcenter

18 Jahre lang gibt es schon die Verwaltungsstrukturen zum SGB II. Vieles hat sich in dieser Zeit verändert. Von der „ARGE“ zur „gE“ oder von „Hartz 4“ zum „Bürgergeld“.

Nur eines hat sich in dieser Zeit nicht verändert: Die Belastungen für die Mitarbeitenden waren und sind nach wie vor viel zu hoch.

Die Einführung des Bürgergeldes hat zwar bisher augenscheinlich funktioniert, jedoch steigen in sehr vielen Jobcentern die Rückstandszahlen und die Belastungsparameter auf vielen Ebenen.

All unsere Kollegen leisten eher Sozialarbeit mit hohen Anforderungen als „einfache“ Leistungssachbearbeitung oder Stellenvermittlung. Die Jobcenter kümmern sich immer mehr um Menschen mit komplexen Problemlagen.

Es gibt kaum noch ein „einfaches“ Gespräch mit unseren Kundinnen und Kunden. Die schriftlichen, immer komplexer werdenden Bescheide müssen in der Regel ausführlich erläutert werden und eine direkte Vermittlung in Arbeit ist häufig nicht möglich. Hinzu kommen ständig steigende bürokratische Anforderungen.

Dennoch erleben wir in den Jobcentern ein Controlling, als würde es diese geänderten Anforderungen nicht geben.

Und immer noch werden Menschen mit befristeten Verträgen für die Dauerleistung beschäftigt.

Es gibt auch nach 18 Jahren keine ernstzunehmende Personalbemessung für die Jobcenter, die diesen Begriff tatsächlich erfüllt. Denn das so genannte „Vorgehensmodell“ ist nichts mehr als eine Vergleichsrechnung, die jedoch nie die tatsächliche Belastung vor Ort abbilden kann.

Deswegen fordern wir:

- Eine ernsthafte Personalbemessung die unsere tatsächliche Arbeit in den einzelnen Dienststellen abbildet
- Eine einheitliche und angemessene Bezahlung für diese schwierige Aufgabe
- Keine befristeten Arbeitsverhältnisse mehr im SGB II
- Bürokratieabbau & Vereinfachung der Prozesse
- Beendigung der Zahlen-Exzesse der Bundesagentur für Arbeit
- Festlegung der notwendigen Kennzahlen nur durch die Politik
- Praxisorientierte Fachverfahren, die den Mitarbeitenden die Arbeit erleichtern und nicht erschweren
- Weg mit dem § 50 Abs 3 SGB II
- Beschneidung des Einflusses der Bundesagentur für Arbeit auf ihr politisch gewolltes Maß als Mitglied einer Trägerversammlung

Der politisch richtige Weg, weg von der jahrelangen Sanktionspraxis hin dazu, Menschen angemessene Angebote zu machen und zu qualifizieren, ist unseres Erachtens richtig.

Damit ist aber eben auch ein Wechsel bei den Verantwortlichkeiten notwendig. Weg von der „Controlling-Mentalität“ hin zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf allen Ebenen in den Jobcentern. Die politisch gewollte Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern kann nur dann gelingen, wenn dies auch intern vorgelebt wird. Davon sind wir noch Lichtjahre entfernt.

Die ver.di Fraktion der Jobcenterpersonalräte